

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger

Ersteinst werktägl. Nachm. Bezugspreis v. 1.-30. Juni im voraus 150 G.-Bfg. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 Gezp. Petitzeile 0,10 Goldmart, v. außerhalb des Bezirkes 0,15 Goldmart, 3 Gezp. Reklamezeile 0,45 Goldmart, Hinweis auf Anzeigen und Eingehende 0,10 Goldmart, Nachweise- und Offertengebühr 0,10 Goldmart, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postfachamt Amt Leipzig Nr. 4436. Postkonto: Vereinsbank zu Golditz Filiale Waldenburg. Stadtkontostellen Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsvoller Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (E. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetage erbeten. Ausgabe nachmittags 1,30 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eise; in Wolkensdorf bei Herrn Einus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Natur hat der Besteller keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlaawitz, Schwaben, Wolkensdorf und Ziegelheim.

Nr. 138

Sonntag, den 15. Juni 1924

46. Jahrgang.

Doumergue zum französischen Präsidenten gewählt.

Antlicher Teil.

Die Bekanntmachung in Nr. 132 des Schönburger Tageblattes vom 7. d. M. enthält bezüglich der **Ortslöhne** einen Druckfehler. Es muß bei weiblichen Beschäftigten über 21 Jahre statt 3 Goldmart 2 Goldmart heißen.

Stadtrat - Versicherungsamt - Waldenburg, den 13. 6. 1924.

Im Lustgarten und Grünfeld steht noch **Saubholz-Reisig** zum Verkauf. Angebote an die **Fürstliche Parkverwaltung Schloss Waldenburg.**

Die diesjährigen **Kirschenzungen an den Staatsstraßen** im Bezirke des Straßen- und Wasser-Bauamtes Zwidau sollen öffentlich versteigert werden und zwar:

am **20. Juni 1924** Vorm. 10 Uhr im alten Schützenhause in Zwidau die Zungen der Amtsstraßenmeisterbezirke W. Hau, Kirchberg, Werdau und Zwidau,

am **23. Juni 1924** Vorm. 10 Uhr im Schützenhause in Glauchau die Zungen des Amtsstraßenmeisterbezirks Glauchau und

am **24. Juni 1924** Vorm. 9 Uhr im Gasthof zum goldenen Helm in Lichtentzen die Zungen des Amtsstraßenmeisterbezirks Lichtentzen.

Zur Versteigerung sollen nur berufsmäßige Obstpächter, sowie Stadt- und Landgemeinden zugelassen werden, in deren Bezirk die zu verpachtende Nutzungstrecke liegt.

Zwidau am 13. Juni 1924. Straßen- und Wasser-Bauamt.

Die zwischen Deutschland und der Schweiz bestehenden **Einfuhrbeschränkungen** sollen aufgehoben werden.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Berlin gab es einen **Kampf um die Koalitionspolitik.**

Die Stadt Königsberg feierte am 13. Juni ihr **200jähriges Jubiläum.**

Die als **Geiseln** für die verbotenen kommunistischen Zeitungen in Sachsen erschienenen Blätter wurden ebenfalls verboten.

In Rom ist ein sozialistischer Abgeordneter plötzlich **verschwunden.**

Das italienische Marineministerium hat ein neues **Kriegs-Infanterie** ausgeprobt.

Das italienische Königspaar ist von Madrid wieder **abgereist.**

Der **Streik** auf der Londoner Untergrundbahn ist zusammengebrochen.

Ueber Rumänien wurde der **Ausnahmestand** verhängt.

Durch **Explosion** auf einem amerikanischen Kriegsschiff wurden 46 Menschen getötet.

Waldenburg, 14. Juni 1924.

Die Vorgänge bei der französischen Präsidentenwahl lassen erkennen, daß die sogenannte **Linksmehrheit** der französischen Kammer keineswegs ein geschlossenes Ganzes ist. Die Weigerung der Sozialisten, in die Regierung hineinzugehen, hatte zwar auch schon vorher gezeigt, daß zwischen den verschiedenen Richtungen des Linksblocks erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, das Vorgehen gegen Millerand hatte dann aber die einheitliche Kampffront wenigstens äußerlich wiederhergestellt. Nun haben sich bei den Vorabstimmungen über die Präsidentenwahl Gegensätze ergeben, die offenbar nicht nur auf die Haltung der Sozialisten zurückzuführen sind. Daß der Kammerpräsident Painlevé und der Senatspräsident Doumergue als Kandidaten gegeneinander auftraten, läßt vielmehr den Schluß zu, daß auch zwischen Kammer und Senat erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Das ist um so begreiflicher, wenn man berücksichtigt, daß das ganze sogenannte Parteileben Frankreichs nichts weiter als elendeste **Cliquenherrschaft** ist.

Die **Vorversammlung** des Linkskartells im Festsaal, die Donnerstag mittag stattfand, war schon infolge eines Mißerfolgs, als von 560 eingeladenen Abgeordneten und Senatoren nur 477 erschienen waren. Von diesen stimmten 306 für Painlevé und 149 für Doumergue, obwohl dieser vorher erklärt hatte, daß er nicht daran denke, in dem Vorkongress zu kandidieren, da er nicht einsehe, welchen Dienst er damit der Republik erweise.

Anfolge dieses Abstimmungsergebnisses herrschte

in den Reihen der Linken große **Verwirrung**, man tagte bis in die Nacht hinein und sandte noch spät nachts zu Doumergue, um ihn aufzufordern, auf dem Kongress in Versailles nicht zu kandidieren. Doumergue antwortete, daß er seine frühere Erklärung aufrecht erhalte, in der er gesagt hatte, er könne seine politischen Freunde nicht daran hindern, ihn zu wählen. Er fügte indes hinzu, daß, wenn eine reaktionäre Kandidatur aufstehen sollte, die für die Republikaner bedrohlich werden könnte, er, falls er selbst in der Minderheit sei, alle diejenigen, die für ihn gestimmt haben, auffordern würde, für den am meisten begünstigten republikanischen Kandidaten zu stimmen.

Man darf wohl annehmen, daß bei diesem Antragspiel wieder einmal der geschäftige Herr Poincaré seine Hand im Spiele gehabt hat. Es gibt keinen Politiker in Frankreich, der nicht sein letztes Ziel darin erblickt, einmal in das Elfysee einzuziehen, und der nicht bereit wäre, für dieses Ziel seine politischen Freunde und seine Grundsätze zu opfern.

Hier ist der Punkt, wo ein geistiger Diplomat vom Schlage Poincarés seinen Hebel ansetzen kann. Wenn er insgeheim der Kandidatur Doumergues Vorzug leistete, so mußte für ihn in jedem Fall ein Erfolg herauspringen: Siegte Doumergue, so hatte er in ihm wieder ein gefügiges Werkzeug auf dem Präsidentenstuhl; siegte Painlevé, so mußte doch bei Doumergue und seinen Anhängern immerhalb der Linken ein Stachel zurückbleiben. Enttäuschter Ehrgeiz hat schon manchen in das gegnerische Lager hinübergeführt. So zeigt sich schon in diesem Auftakt der neuen politischen Aera, daß Poincaré auch in der Opposition noch ein Faktor ist, mit dem man rechnen muß.

Die Begegnung von Chequers.

Das vorläufige Programm.

Wie aus London berichtet wird, soll die **Begegnung** Herriots mit Macdonald in der nächsten Woche in Chequers stattfinden. Das Programm der Aussprache, das keinen abschließenden, sondern nur einen vorbereitenden Charakter haben werde, enthalte folgende Punkte:

1. **Notwendigkeit** der Amnestie deutscher „politischer Verbrecher“;
2. **der Eintritt** Deutschlands in den Völkerbund, und zwar schon bei der nächsten Vollversammlung, und die Frage, ob Deutschland einen Sitz im Völkerbundrat erhalten soll;
3. **die wirtschaftliche** Räumung der Ruhr und die Rückgabe der Eisenbahnen;
4. **die Frage**, wie weit die militärische Kontrolle beibehalten werden dürfe;
5. **die Möglichkeit** eines gemeinsamen Vorgehens, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt;
6. **die interalliierten** Schulden;
7. **die Sicherheiten.**

Die Auffassung der neuen französischen Regierung werde sich, was die Punkte 1 bis 4 betreffen, von der des früheren Kabinetts kaum unterscheiden. Herriot dürfte darauf bestehen, daß die Interalliierte Kommission weiter die militärische Kontrolle in Deutschland ausübt. Er werde auf ein Garantieabkommen gemeinsamen Vorgehens drängen. Man erwartet sogar einen Vorschlag, auf dem rechten Rheinufer eine 50-Kilometer-Zone für eine Kontrolle nach Beendigung der Besetzung zu schaffen. Frankreich meine, die durch den Friedensvertrag garantierte Entmilitarisierung dieser Zone biete nicht genügend Garantie für die Sicherheit. Daher solle sie unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden.

Die Geschäftsaufsicht.

Beschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen **Vollversammlung** vom Donnerstag nachmittag den auf Grund eines Initiativantrages vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf an, wonach die Reichsregierung mit Zu-

stimmung des Reichsrats zu **Abänderungen** der Verordnung über die Geschäftsaufsicht ermächtigt wird, und beschäftigte sich dann mit der von der Reichsregierung auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes vorgeschlagenen **Änderung** der noch aus der Kriegszeit stammenden Verordnung über die Geschäftsaufsicht. Die Vorlage der Reichsregierung ist in den Ausschüssen des Reichsrats wie folgt gestaltet worden:

Die Voraussetzung des Antrages auf **Anordnung** der Geschäftsaufsicht wird etwas verschärft. Ferner wird das **Geheimverfahren** aufgehoben. Bisher war jede öffentliche Bekanntmachung ausgeschlossen. Nunmehr soll die Bekanntmachung im Reichsanzeiger erfolgen und die Landesregierungen können noch weitere Bekanntmachungen anordnen. Eine dritte Verschärfung besteht darin, daß die **Anhörung** der amtlichen Berichterstattungen der verschiedenen Gewerbebezirke, also von Handelskammern, Gewerbevereinen und ähnlicher Institute, die bisher nur fakultativ vor der Eröffnung der Geschäftsaufsicht stattfinden konnte, in Zukunft **obligatorisch** ist.

Die **Hauptveränderung** betrifft die Möglichkeit der Aufhebung bereits bestehender Geschäftsaufsichten. Die Geschäftsaufsicht ist fortan ohne weiteres **aufzuheben**, wenn in einer Gläubigerversammlung die **Mehrzahl** der Gläubiger, die zugleich die Mehrzahl der Forderungen, mehr als die Hälfte vertritt, die Aufhebung beschließt. Das soll auch für bereits bestehende Geschäftsaufsichten gelten. Schließlich findet die **Geschäftsaufsicht** ohne weiteres ihr Ende, wenn drei Monate seit ihrer Anforderung verstrichen sind. Auch das findet auf bereits bestehende Geschäftsaufsichten Anwendung. Die **Vollziehung** erklärte sich mit den Beschlüssen des Ausschusses einverstanden. Die neue Verordnung wird **sofort** im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden und damit **Rechtskraft** erhalten.

Der verschwundene Abgeordnete.

Entführung eines italienischen Sozialisten.

Wie aus Rom gemeldet wird, ist **Matteotti**, ein junger heißblütiger sozialistischer Abgeordneter, auf unerklärliche Weise plötzlich **verschwunden**. Angeblich ist er in einem Automobil entführt worden. Er hatte viele Feinde, namentlich unter den Großgrundbesitzern, gegen die er die Bauern aufwiegelte.

Die Bemühungen der Polizei um **Aufklärung** des Vorfalls waren bisher vergeblich. Wie der Fürsprecher Cavallotti der Polizei mitteilte, hat er von einer abgelegenen Straße Roms von seiner Wohnung aus **zugegesehen**, wie am Dienstag nachmittag Unbekannte einen **gaugelleidenden Mann** festhielten und gewaltsam in ein Automobil schleppten, mit dem sie davonfuhren. Der Festgehaltene habe verzweifelte Anstrengungen gemacht, um freizukommen und wiederholt auf die **Autohupe** gedrückt und **„Matteotti“** ausgestoßen.

Eine Erklärung Mussolinis in der Kammer.

Zum **Verschwinden** Matteottis erklärte Mussolini in der Kammer, er teile die **Besorgnis** der Kammer über das Schicksal des Verschwundenen. Die näheren Umstände seines Verschwindens, besonders Ort und Zeit, seien noch nicht genügend geklärt, liegen aber schon jetzt die **Vermutung** gerechtfertigt erscheinen, daß es sich um ein Verbrechen handele. Ein solches Verbrechen würde von seiten der Regierung und der Kammer auf das **Schärfste** verurteilt werden. Der Kammerpräsident dankte Mussolini für seine Erklärung, durch die die **Besorgnis** der Kammer über das Schicksal Matteottis verringert werde.

Die sozialdemokratische Heerschan.

Der Kampf um die Koalitionspolitik.

Nach den Referaten von Wels und Hermann **Mähler** setzte auf dem sozialdemokratischen Parteitag eine sehr **lebhaft** Aussprache über die Politik der Reichstagsfraktion ein, wobei es nicht an **heftigen Angriffen** fehlte. Gewerkschaftsführer **Aufhäuser** von Berlin forderte **erneute Festlegung** des unvermeidlichen **Klassenkampfes**. Die Republik müsse gegen die **reaktionäre Bourgeoisie** verteidigt werden. Der **Kedner** forderte